

Oranienburg, den 10.10.2013

Tätigkeitsbericht des KER 2011-2013

Entsprechend einer guten Tradition möchte der bisherige Vorstand des KER zum Ende der Wahlperiode die Aktivitäten des Gremiums und des Vorstandes zusammenfassen und insbesondere für unsere neu hinzugekommenen Mitglieder aus unserer Arbeit berichten.

In der aktuellen Wahlperiode führte der KER Oberhavel 10 Veranstaltungen durch.

Die Wahlperiode 2009 bis 2011 endete erst im Schuljahr 2011/12 am 20. August 2011 mit einer öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Inklusion statt Integration, wie geht es jetzt weiter in Oberhavel“. Zu dieser Veranstaltung hatten wir gemeinsam mit der SPD Oberhavel die Ministerin für Bildung des Landes Brandenburg, Frau Münch, eingeladen, um uns über die Planungen des MBS zur Einführung der Inklusion zu informieren und über die damit verbundenen Konzepte und Probleme zu diskutieren.

Am 19. Oktober fanden die erste reguläre Beratung und die Wahl des Vorstandes des KER und der Gremienvertreter für Landeselternrat und Kreisschulbeirates statt. In den Vorstand wurden Hardy Kastius als Sprecher, Dana Bosse, Jens Kopprasch und Torsten Schulz als Stellvertreter gewählt. Christian Boehm, der zusammen mit 15 weiteren engagierten Eltern von uns in den Kreisschulbeirat entsandt wurde, übernahm dort die Aufgabe des Vorsitzenden und vertrat damit auch Elterninteressen in diversen Ausschüssen des Kreises. Im Landeselternrat sind wir durch Heike Voigt, Karsten Stark, Gesine Fischer-Duschek und Gabriele Schade vertreten.

Wir möchten allen für ihr bisheriges Engagement und die gute Zusammenarbeit danken. Besonderer Dank geht auch an Galip Cavusoglu, der den KER mehrere Jahre im Kreisjugendhilfeausschuss vertreten hat. Nicht vergessen möchten wir Frau Böhn, die als Fachdienstleiterin Schulen der Kreisverwaltung den Kontakt zu uns hielt und in vielen Fragen Rede und Antwort stand sowie Herrn Jordan, der quasi unsere „Geschäftsstelle“ war und für den KER die Post erledigte.

Herzlichen Dank auch an Frau Niendorf und Herrn Falk vom Staatlichen Schulamt für Ihre offene, konstruktive und kooperative Zusammenarbeit, auf deren Fortsetzung wir hoffen.

Vorstand:
Hardy Kastius (Vorsitz)
Jens Kopprasch
Dana Bosse
Torsten Schulz

Tel.Nr.:03302/222764
Tel.Nr.:03303/500367
Tel.Nr.:033056/96756
Tel.Nr.:03304-503577

hardy.kastius@web.de
jens@kopprasch.de
tasso@bossmail.de
schulle.de@gmx.de

Zentrales Beratungsthema der ersten Beratung war der Arbeitsplan des KER für das laufende Schuljahr. Als Arbeitsschwerpunkte wurden folgende Themen festgehalten:

- Schülerbeförderung und Verkehrssicherheit
- Schulvisitationen
- Leistungsbewertung, speziell im Sportunterricht
- Lehrerausstattung an den Schulen
- Arbeit der Schulpsychologen
- Inklusion / Fortbildung der Lehrer, Sonderpädagogischer Förderbedarf

Ebenfalls im Oktober 2011 nutzten Teile des Vorstandes die Möglichkeit, sowohl an der Fachkonferenz „Inklusive Schule“ im LISUM als auch an einer Veranstaltung von Bündnis90/Die Grünen zur Vorstellung des Inklusionsgutachtens von Prof. Preuss-Lausitz in Potsdam teilzunehmen.

In Fortsetzung der Inklusionsdebatte nahm Herr Kopprasch im Januar 2012 an einer Podiumsdiskussion in Mühlenbeck teil. Wieder von Bündnis90/Die Grünen organisiert, bestand die Möglichkeit, mit Prof. Preuss-Lausitz, Herrn Weskamp vom Landkreis, Lehrern und Schülervetretern Chancen und Risiken einer Schule für Alle zu erörtern.

Zu diesem Thema sei an dieser Stelle auf einen aktuellen Termin hingewiesen:

Am Mittwoch, dem 23.10.2013 findet von 18:00 bis 20:00 Uhr in der Pestalozzi-Schule in Neuruppin ein Erfahrungsaustausch der Inklusions-Pilotschulen im Schulamtsbereich statt.

In der zweiten Beratung des KER im November 2011 stellte der Dezernent für Bildung und Finanzen in der Kreisverwaltung Oberhavel, Herr Weskamp, den Entwurf zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans des Kreises Oberhavel vor. Im Wesentlichen entsprach die vorhandene Schulstruktur den prognostizierten Bedarfen. Angesprochene Probleme waren die Klassenraumgrößen in Grundschulen, die Schließung von Förderschulen bzw. deren Umwandlung in integrative Grundschulen.

Im Weiteren gab der Vorstand einen Bericht über den Stundenausfall und den Vertretungsbedarf an den Schulen unseres Kreises im Schuljahr 2010/2011. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren fehlende Fachlehrer, hohe Personalfuktuation und damit z.B. wechselnde Klassenlehrer, Unterrichtsausfall bzw. Vertretung in schlechter Qualität sowie Ausfall der differenzierenden Unterrichtsanteile an vielen Schulen zu beobachten. Die Situation hat sich im Vergleich zu den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert und zeigte einen Vertretungsbedarf von etwa 10% bei einem Ausfall von mindestens 2,5% aller Stunden. Ein besonders diskutiertes Problem war der Mangel an sonderpädagogisch ausgebildetem Personal.

Zur Beratung des KER im Januar 2012 hatten wir die Landtagsvizepräsidentin und Bildungspolitikerin der Linken, Gerrit Große, eingeladen, um uns über den aktuellen Stand und die Vorhaben der Regierungskoalition im

Bildungsbereich zu informieren. Schwerpunkte waren die weitere Finanzierung des Bildungssektors, die Personalentwicklungsplanung und das Projekt „Inklusive Schule“.

Frau Grosse berichtete, dass wegen der schwierigen Haushaltssituation des Landes in 2012 im Bereich Bildung 20 Millionen Euro eingespart werden müssten. Dies hauptsächlich bei den Rücklagen und den freien Schulen. Personalkürzungen seien jedoch nicht vorgesehen. Die Personalentwicklungsplanung konzentriere sich auf die Stabilisierung der Personalausstattung. Das Lehrerbildungsgesetz solle verändert werden, um dem aktuellen Bedarf gerecht zu werden. Die Inklusion solle für alle Schüler Vorteile bringen. Dazu würden an Pilotschulen Klassen mit max. 23 Schülern eingerichtet und pro Schüler 3,5 Wochenstunden für die Förderung pauschal zugerechnet. Der Regierungskoalition sei klar, dass Inklusion kein Sparmodell ist. Im Verlauf der Diskussion wurden noch viele Details zur Einführung der Inklusion diskutiert

Wir möchten an dieser Stelle auf die Initiative der Eltern von Schülern in Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ hinweisen, die Elterninitiative Brandenburg Nord, deren mittlerweile zweiter „Landeselterntag der Förderschulen“ im Frühjahr 2012 in Hennigsdorf stattfand und sich einer guten Resonanz erfreute. Im Beisein von Bildungsministerin Münch wurde offen und kontrovers über den Fahrplan der Inklusion und die Folgen für die Förderschulen im Land diskutiert. Auch im Sommer 2013 konnte die Initiative die Bildungsministerin wieder zu einem Arbeitsgespräch nach Hennigsdorf einladen, um über den weiteren Fortgang der Inklusion in Brandenburg zu sprechen. Diese Gelegenheit nutzte auch unser Vorstand, um die Erfahrungen des KER in die Diskussion einzubringen. Ein Schwerpunkt der Diskussion lag unter anderem bei der mangelhaften Betreuung von Schülern mit geistiger oder körperlicher Behinderung an Nachmittagen nach dem Unterricht bzw. in den Ferien auf Grund der stark verteilter Zuständigkeiten.

Die Sitzung des KER im März 2012 stand ganz unter dem Thema Schülerbeförderung und Verkehrssicherheit. Dazu hatten wir den Geschäftsführer der Oberhavel Holding OHVB, Herrn Fischer, den Betriebsleiter der Oberhavel Verkehrsgesellschaft OVG, Herrn Moormann und einen Vertreter des Dezernats für Bauen, Wirtschaft und Verkehr des Landkreises, Herrn Reinsberg, eingeladen. Wir wurden über die Einbettung des Schülerverkehrs in den öffentlichen Nahverkehr des Landkreises durch Beauftragung der OVG durch die OHVB und den Landkreis informiert.

62% der Fahrgäste der OVG sind Schüler. Herr Moormann informierte über die Leistungsfähigkeit und Ausstattung der OVG, die Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, über die Erstellung der Fahrpläne und über das System zu Erfassung und Bearbeitung von Kundenbeschwerden. Außerdem wurden die zusätzlichen Angebote der OVB zur Verkehrserziehung von Schülern dargestellt. Insbesondere wurden die Probleme mit überfüllten oder ausfallenden Bussen, Anpassung der Fahrpläne an schulische Belange

sowie mehr Verkehrssicherheit durch Sitzplatzgarantien und Sicherheitsgurte diskutiert.

In der Beratung des KER im Mai 2012 informierten und diskutierten wir über die rechtlichen Regelungen zur Leistungsbewertung und spezielle Fragen wie z.B. die besonderen Probleme bei der Bewertung im Fach Sport. In den Wortmeldungen wurde festgestellt, dass besonders die Bewertung im Sportunterricht oft nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Auch bei der Bewertung von Hausaufgaben gibt es oft Probleme. Ein spezielles Problemfeld ist die Darstellung der Leistungsbewertung in Zeugnissen. Die Wirtschaft will bei der Auswahl von Auszubildenden nicht nur nach Noten sondern nach den Fähigkeiten und Tendenzen der Bewerber auszuwählen. Die Leistungsbewertungen und resultierenden Zeugnisse geben das aber derzeit nicht wieder.

Im November 2011 hatte die Ministerin im Landtag einen Bericht zu „Gewalt an Schulen“ vorgelegt, aus welchem hervorging, dass laut offizieller Statistiken der Kreis Oberhavel einen Spitzenplatz bei schulischen Gewaltdelikten einnimmt. Das hat natürlich unsere Aufmerksamkeit erregt. Umso mehr, da aus der Kreisverwaltung sofort geäußert wurde, die Statistiken seien falsch. Darüber hinaus wurde uns berichtet, dass im Rahmen der Umstrukturierung der Polizei Einrichtungen und Veranstaltungen zur Gewaltprävention in Brandenburg reduziert würden. Nach sofortiger Rückfrage in MBSJ wurden wir an das Innenministerium verwiesen, welches uns zeitnah und kooperativ den Kontakt zur Oranienburger Kriminalpolizei und dem Präventionsteam vermittelte. Nach verschiedenen Recherchen und Vorgesprächen traf sich der Vorstand im Februar 2012 mit leitenden Beamten der regionalen KriPo, um das Thema konkret zu beleuchten. Nach dem aufschlussreichen Gespräch und noch rechtzeitig vor dem Bericht im KER kam dann im März auch eine offizielle Antwort aus dem MBSJ, in der uns versprochen wurde, die Probleme in Oberhavel anzupacken und das Gespräch auf Kreisebene zu suchen.

Das veranlasste uns Anfang des Jahres 2013, im MBSJ einen Bericht über die aktuelle Situation und die stattgefundenen Gespräche und Aktionen einzufordern. Diesmal mahlten die Mühlen der Bürokratie etwas schneller und im März 2013 konnte der KER dann endlich mit Vertretern des MBSJ, der Polizeidirektion Nord und der Kriminalpolizei Oranienburg die Gewaltproblematik an unseren Schulen diskutieren und sich über die aktuelle Lage und das Angebot präventiver Maßnahmen informieren.

In der Oktobersitzung 2012 wurde aus gegebenem Anlass intensiv über die Schulspeisung diskutiert. Frau Böhn als Vertreterin des Landkreises gab Auskunft über Auswahlverfahren von Essensanbietern und Ausschreibungsverfahren. Sie sagte den Schulen Unterstützung des Landkreises (soweit er Träger der Schulen ist) bei eventuell angestrebten Anbieterwechseln zu.

Anlässlich der Diskussion über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans kam zur Sprache, dass in einigen Schulen diese Pläne nicht zur Stellungnahme in der Schulkonferenz vorgelegen hätten.

In der Diskussion erhärtete sich der Verdacht, dass Eltern oft bewusst oder unbewusst in ihren Mitwirkungsrechten eingeschränkt werden. Diese Problematik wurde durch die Elternvertreter in den Kreisschulbeirat getragen, dem ja auch der Leiter des Staatlichen Schulamtes angehört. Nach umfassender Diskussion im KSB (Herr Böhm hat regelmäßig berichtet) wurde ein Fragenkatalog zur Mitwirkung an die Schulkonferenzen des Landkreises versandt. Die Antworten waren sehr ambivalent. Eine entsprechende Auswertung ging den Schulkonferenzen zu.

Insgesamt wird das Thema Mitwirkung an unseren Schulen offenkundig recht freihändig praktiziert. Um diese Situation zu verbessern, müssen auch die Mitglieder des KER in ihren Schulen Aufklärungsarbeit leisten und andere Elternvertreter animieren, sich sachkundig zu machen und angemessen für ihre Rechte einzutreten. Die Unterstützung auch durch das StSchA wurde uns vom Leiter Herrn Kowalcik verbindlich zugesagt.

Nach den Aufregungen im Oktober mit der Essensversorgung folgte im November eine ebensolche Aufregung um das gemeinsam mit Berlin abzulegende Zentralabitur. Sowohl im KER als auch in der öffentlichen Diskussion wurden die einheitlichen Prüfungsaufgaben bei stark unterschiedlichem Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe thematisiert. Besonders hervorzuheben ist hier die Initiative zweier Oranienburger Gymnasiastinnen gegen diese Ungleichbehandlung. Ihnen gelang es, einen „Bildungsgipfel“ zu diesem Thema nach Oranienburg einzuberufen, an dem auch der Staatssekretär aus dem MBS teilnahm. Der KER unterstützte diese Aktion unter anderem durch Teilnahme an dieser Podiumsdiskussion und ein entsprechendes Schreiben an den Bildungsstaatssekretär Herrn Jungkamp. Im Januar 2013 rückte dann das MBS auf Grund der diesmal auch von den Medien mitgetragenen Proteste von den ursprünglichen Plänen für das „gemeinsame Abitur“ ab und modifizierte die Prüfungsanforderungen.

In der Januarsitzung 2013 stellte Herr Kastius traditionell wieder die vom Vorstand aus unterschiedlichen Quellen gewonnene Vertretungs- und Ausfallstatistik für die öffentlichen Schulen im Landkreis vor. Die Ergebnisse überraschten nicht wirklich. Auffällig war dieses Mal, dass Daten einzelner Schulen in den Schulporträts offensichtlich nicht die reale Situation an den Schulen widerspiegeln. Unbefriedigend war auch, dass der KER nicht angemessen auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann, da offizielle Daten immer erst sehr spät veröffentlicht werden.

Der KER beschloss darauf hin im März 2013, die Schulen direkt um Mithilfe zu bitten und aktuelle Zahlen abzurufen. Nach Umschiffung organisatorischer Herausforderungen wurde ein entsprechendes Schreiben mit Fragebogen an die Schulen des Landkreises versandt.

Da Rücklauf der Antworten und Auswertung ebenfalls geraume Zeit in Anspruch nahmen, werden die Antworten in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt.

In der letzten Sitzung der Wahlperiode hatten wir fast das komplette Team des Schulpsychologischen Dienstes des Schulamtsbezirkes im KER zu Gast. In

einem interessanten Vortrag wurden die Aufgaben und Möglichkeiten der Schulpsychologen vorgestellt und besprochen. Insbesondere wurden auf die Rechte von Betroffenen und Beteiligten sowie auch auf die Grenzen der schulpsychologischen Beratung hingewiesen.

Ausgelöst durch die Debatten um die Inklusion in Verbindung mit dem langjährig ungelösten Problem des Stundenausfalls und Lehrermangels und bestärkt durch verschiedene Gespräche im Kreisschulbeirat entstand die Idee, schulische Probleme auch einmal gemeinsam mit anderen Beteiligten des Schulsystems, in diesem Fall mit den Lehrkräften, zu erörtern. Offensichtlich gibt es hier teilweise unterschiedliche Auffassungen zu aktuellen Themen, aber auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die es optimaler Weise zu bündeln gilt, um ihnen mehr Nachdruck zu verleihen.

Konsequent verfolgte der Vorstand deshalb seit dem Frühjahr 2013 die Idee einer gemeinsamen Sitzung von Kreislehrer- und Kreiselternrat. Die ursprünglich zum Ende des letzten Schuljahres geplante Veranstaltung musste leider verschoben werden. Auf welche Widerstände und Vorbehalte dieser aus unserer Sicht durchaus positive Ansatz bei den Lehrern stieß, war im Vorfeld nicht zu erahnen. Umso wichtiger erscheint es uns, hier nicht locker zu lassen. Wir halten deshalb an dem von uns bereits organisierten neuen Termin am Mittwoch, dem 13.11.2013 um 19:00 Uhr im Kreistagssaal fest.

In allen Beratungen berichteten unsere Mitglieder über die aktuellen Aktivitäten und Probleme an ihren Schulen. Die angesprochenen Themen und Fragen wurden, soweit sie nicht sofort beantwortet wurden, von uns an die zuständigen Stellen, das Schulamt oder den Landkreis weitergeleitet. Die Vertreter vom KSB und LER berichteten regelmäßig über die Aktivitäten in ihrer Gremien.

Die Mitglieder des Vorstandes nahmen im Verlauf der Wahlperiode an mehreren bildungspolitischen Veranstaltungen teil, um dort die Interessen und Meinungen der Eltern zu vertreten. So halten wir einen engen Kontakt zum Arbeitskreis für Bildung der SPD und nahmen an Veranstaltungen zum Thema Berufsbildung, Inklusion und Schulentwicklungsplanung teil.

Besonders bemüht sich der Vorstand, den Kontakt zu Vertretern der Landesregierung, Verantwortlichen des MBS, Landespolitikern als auch den Elternvertretern auf Landesebene zu halten bzw. herzustellen.

So gibt es aktuell Gespräche mit dem Sprecher des Landeselternrates zur Einberufung einer zentralen Veranstaltung mit Vertretern der Kreiselternräte zu landesweit anstehenden Themen wie Unterrichtsausfall, Inklusion, Zentralabitur und demografischer Wandel.

Zu Anfang des Schuljahres gratulierte der Vorstand dem neuen brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Woidtke zur Amtseinführung und dankte ihm für die Ankündigung, die Vertretungsreserve an den Schulen bereits im laufenden Schuljahr anzuheben. Damit würde einer langjährigen Forderung von Eltern und Schulen zumindest ansatzweise Rechnung getragen.

Für die neue Wahlperiode wünschen wir den Mitgliedern des KER sowie den gewählten Vertretern in den weiteren Gremien viel Elan und Erfolg und erneuern auch die Einladung an alle stellvertretenden Mitglieder des KER, sich aktiv in die Arbeit einzubringen und an den Sitzungen teilzunehmen.